

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 38.

Breslau, Dienstag, den 15. Februar 1916.

27. Jahrgang.

Ein Umschwung in Amerika?

Während die Preßstimmen, die uns das Neuter-Bureau aus den Vereinigten Staaten nach Europa übermittelt, noch einen deutschfeindlichen Charakter tragen, die Lage als sehr verwickelt darstellen und jede Nachgiebigkeit ihrer Regierung gegenüber Deutschland zurückweisen, können Berichterstatter deutscher Blätter von einem unerwarteten und tiefgreifenden Umschwung der Stimmung in Amerika berichten. Sie stellen die Sache so dar, als habe Wilson, ohne dem Lande recht darüber Klarheit zu geben, planmäßig auf einen Konflikt mit Deutschland hingearbeitet. Er habe es so dargestellt, als ob Deutschland einen Uebergriff nach dem anderen beging, als ob man es kräftig demütigen könne und dabei vor der Öffentlichkeit ganz heimlich, daß er es damit zum Bruch treiben wolle. Die kräftigen Worte und Warnungen, die Bethmann-Hollweg gegen diese Umtriebe den Berichterstattern sagte, haben nun den Amerikanern die Augen aufgemacht und jetzt kehrt sich der Unwille gegen das Babanque-Spiel der eigenen Regierung. Man wird von den nachstehenden Berichten, welche die Sachlage in diesem Sinne schildern, etwas Einseitigkeit in Abzug bringen müssen, ehe man sie als ganz glaubhaft hinnehmen kann.

Der frühere amerikanische Generalkonsul in München, Galt, hat in der „Münchener Zeitung“, daß die drei großen Ereignisse der letzten Tage: die zukünftige Führung des Unterseebootskrieges gegen England, die Unterredung des Reichstanzlers und der Rücktritt des amerikanischen Kriegesekretärs das ganze Volk von Feindseligkeiten gegen Deutschland plötzlich zerrissen haben.

Wilson forderte sofortige Kriegsbarriere. Sein getreuer Gefolgsmann, der Adokat Garrison, den Wilson zum Kriegesekretär gemacht hatte, obwohl er nie in seinem Leben einen Fuß in der Hand gesetzt hatte, erhielt den Auftrag, in München, während Wilson Kriegesekretär wurde, eine große Militärparade im amerikanischen Stützpunkt durchzuführen. Aber der Kongreß zeigte, daß er von den Plänen Wilsons nichts wissen will und die Resolutione Wilsons war unerfüllt. Präsident Wilson hat geglaubt, in den englisch-amerikanischen Zeitungen die Stimme des amerikanischen Volkes zu hören und ist sich nicht darüber klar geworden, daß diese ganze Pressehölle der größte politische Schwindel aller Zeiten und aller Jahrhunderte gewesen ist.

Wir Amerikaner, so schreibt Galt, haben während der ganzen Zeit gemerkt, daß Wilson nicht im Sinne des ganzen amerikanischen Volkes sprach, aber wir sind sehr von Herzen froh, daß endlich die amerikanische Volkstretung Wilson ihre Ansicht kundgegeben hat. Ich bin überzeugt, daß nunmehr das Ende der Mißverständnisse zwischen Deutschland und Amerika gekommen ist. Es vielen Patrioten Deutschlands und der größten Meeres wissen, wie dringend notwendig die allerbesten Beziehungen zu dem friedlich gesinnten Amerika für Deutschland sind. Die Handelsbeziehungen fordern dringend eine Besserung. Sowohl in Amerika, wie in Deutschland macht sich das Bedürfnis nach erneuertem Warenverkehr nachdrücklich bemerkbar. Dieser kritischen Frage muß jetzt die gesamte Außenpolitik aller derer gewidmet sein, die es gut mit dem beiden Ländern meinen. Hierüber werde ich in Kürze später, wenn die jetzt angebahnte Verständigung vollkommener geworden ist, ausführlicheres mitteilen.

Aus einem anderen Anzeichen, dem Rücktritt des Kriegesekretärs Garrison steht der Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung“ in Washington ähnliche Schlüsse. Er meldet durch Junitenspruch:

„Der Rücktritt des Kriegesekretärs Garrison schlug hier wie ein Blitz aus helterem Himmel ein. Gerüchte über ernste Differenzen waren schon lange im Umlauf, seit Organs Amtsentsetzung. Garrison wünschte eine Armee nach kontinentalem Muster. Wilson ließ Garrisons Vorschläge fallen, indem er dem Verlangen des Kongresses nach einer Staatsmiliz nachgab. Die Unterredungen amerikanischer Zeitungsleute mit Unterstaatssekretär Zimmermann und mit dem Reichstanzler von Bethmann haben hier ungeheures Aufsehen hervorgerufen, indem sie dem Lande die Augen öffneten. Niemand habe eine Demütigung Deutschlands beabsichtigt und keine amerikanische Reakation hätte dies versuchen können. Die Unterredungen erfüllen offensichtlich den guten Zweck, dem Publikum die Augen zu öffnen über die Gefahr, die in der Haltung der Regierung gegen Deutschland lauerte.“

Auch die Gujanica-Angelegenheit wird unter immer freundlicheren Augen betrachtet. Die amerikanische Presse hat seit einigen Tagen sehr eingehende Mitteilungen über

die Beilegung des Streitfalles gebracht. Diese Mitteilungen sollen den Tatsachen insoweit entsprechen, als eine Einigung in der Hauptsache erzielt worden ist. Die Standpunkte der beiden Regierungen sind einander näher gerückt. Amerika hat hierbei einige Punkte fallen lassen, die für Deutschland völlig unannehmbar waren, und auf diese Weise eine Verständigung erleichtert. Es erübrigt jetzt nur noch, das Ergebnis der Verhandlungen in einer neuen Note festzustellen, worauf die ganze Angelegenheit wird als erledigt angesehen werden können.

Wir möchten aus all diesen Nachrichten noch keine zu weitgehenden Schlüsse ziehen. Was in den letzten Monaten aus Amerika berichtet wurde, ist so oft widerrufen worden, daß man immer erst einige Zeit warten muß, ehe man darauf bauen kann. Zudem sind auch die heutigen Nachrichten aus den Vereinigten Staaten durchaus widersprechend, zum Beispiel puschelt die amerikanische Presse Volk und Kabinett so planmäßig gegen Deutschland auf, daß man eine festere Fundierung der neuen Stimmung abwarten muß, ehe daraus sichere Schlüsse auf die weiteren Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika gezogen werden dürfen. Zuzugewandten beachten wir natürlich die einwachen Zeichen einer besseren Stimmung in Amerika auf das wärmste und hoffen im Gegenzug zu den Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses, daß unsere Regierung diese Stimmung begreift und pflegt.

Noch eine beruhigende Nachricht.

Berlin, 14. Februar. Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich aus Berlin unter dem 14. Februar melden: Zahlreiche, immer bestimmter austretende Nachrichten aus amerikanischen Blättern ließen schon seit einiger Zeit erkennen, daß die seinerzeit ausgesprochene Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis der neuen Verhandlungen in der Lusitania-Angelegenheit seine Berechtigung hat. Man kann nunmehr mit Sicherheit behaupten, daß eine sachliche Einigung im Gange ist und daß die wohl begründete Auffassung, die deutscherseits in dieser Sache vertreten worden ist, in Washington Verständnis und Entgegenkommen gefunden hat.

Kanzler und Konservative.

Berlin, 15. Februar. Die Führer der preussischen Landtagsfraktionen folgten gestern Abend einer Einladung des Reichstanzlers und Ministerpräsidenten. Ihre Unterredung mit dem leitenden Staatsmann bezog sich, wie des „Berliner Tageblatt“ schreibt, auf den Beschluß des Bundesratsbeschlusses über den U-Boot-Krieg. Es sei zwar noch nicht sicher, fast dasselbe Blatt, aber doch wahrscheinlich, daß die Angelegenheit von ihren Urhebern nicht weiter fortgesetzt werden würde. Wie verläßt, soll heute Vormittag auch eine Besprechung zwischen dem Kanzler und den Führern der Reichstagsfraktionen stattfinden.

Im „Vollanzeiger“ heißt es zu derselben Sache: Herr von Bethmann-Hollweg hatte gewünscht, mit maßgebenden Persönlichkeiten des Landes die Lage zu besprechen, wie sie durch die Lusitania-Frage Amerika gegenüber und den in der Öffentlichkeit geltend gemachten deutschen Standpunkt in der U-Boot-Frage geschärft worden ist. Die Anwesenheit hierüber sollte noch vor dem Erscheinen der Verhöre stattfinden. Es kam jedoch nicht dazu, da von Bethmann-Hollweg inzwischen zum Kaiser gerufen worden war. Seinen Wunsch, den Berichterstattern die politische Lage auseinandersetzen, erhielt der Kanzler jedoch nicht, und so fand gestern die Besprechung statt. Über ihren Verlauf wurde strenges Stillschweigen gefordert.

Der Staatshaushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses hat sich in der vorigen Woche tagelang und in vertraulichen Beratungen mit politischen Fragen beschäftigt und zwar, wie sich später herausstellte, nicht nur mit der Handhabung des Belagerungszustandes, sondern auch mit der Führung der auswärtigen Politik des deutschen Reiches, besonders gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Während der Ausschuß über seine sonstigen Beratungen, die sich auf die kriegswirtschaftlichen Fragen erstreckten, durch einen Unter Ausschuß der Öffentlichkeit Bericht erstatten ließ, ist über die Beratung der auswärtigen Politik ein Be-

richt nicht erschienen. Nachdem die Denkschrift Deutschlands an die neutralen Staaten über die Behandlung bewaffneter Kaufahrtschiffe als Kriegsschiffe und die Äußerungen des Reichstanzlers und des Unterstaatssekretärs Zimmermann über unser Verhältnis zu Nordamerika, die sie gegenüber einem nordamerikanischen Journalisten getan hatten, veröffentlicht waren, ging der Staatshaushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses dazu über, einen von ihm gefaßten Beschluß der Öffentlichkeit zu übergeben. Der Beschluß lautet dahin, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses ersucht werde, dem Ministerpräsidenten von der Aufsetzung der Kommission Mitteilung zu machen, daß die Kommission es im Interesse des Landes für schädlich erachten würde, wenn sich aus der Stellungnahme der Reichsleitung gegenüber Amerika die Konsequenz einer Einschränkung in unserer Freiheit, einen uneingeschränkten und dadurch voll wirksamen Unterseebootkrieg zum geeigneten Zeitpunkt gegenüber England aufzunehmen, ergäbe.

Daraufhin ist an der Spitze der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die gestern erwähnte halbamtliche Erklärung erschienen, wonach die gegen den ausdrücklichen Einpruch eines Regierungsvertreters beschlossene Veröffentlichung des Kommissionsbeschlusses den Eindruck erwecken werde und müsse, als habe die Kommission eine Einwirkung auf Fragen der auswärtigen Politik und die Anwendung bestimmter Kriegsmittel ausüben wollen. Es wird weiter hervorgehoben, daß die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen vor das Forum des Reichstages gehöre, die Kriegführung parlamentarischen Einflüssen überhaupt nicht unterliegen könne und es wird angekündigt, daß der Reichstanzler in seiner Antwort an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses diesen Standpunkt zur Geltung bringen werde.

Diese in dem Regierungsblatt veröffentlichte Er-

klärung wird in der gesamten Presse besprochen. Während die fortschrittliche Presse dem Standpunkt der Erklärung mehr oder weniger entschieden zustimmt, versucht die Presse der konservativen Parteien diesen Standpunkt als unrichtig nachzuweisen und dem preussischen Abgeordnetenhaus das Recht zuzuschreiben, auch die auswärtige Politik zu besprechen. Uebereinstimmend wird von diesen Blättern erklärt, daß das Parlament des größten Bundesstaates einfach die Lücke ausfülle, die durch die Vertagung des Reichstages entstanden sei und daß zu einer Zurückweisung des Kommissionsbeschlusses umso weniger Anlaß gegeben sei, als dieser Beschluß ja der Haltung, die die Reichsregierung nach den Erklärungen Bethmann-Hollwegs und Zimmermanns einnehme, rückhaltlos zustimme; es wird bei dieser Gelegenheit auch bedauert, daß die deutsche Regierung es durch die Bindung der öffentlichen Meinung sogar ablehne, die öffentliche Meinung in den Dienst ihrer Politik zu stellen. Dieses letztere Argument kann für die Betrachtung der Angelegenheit ruhig beiseite gelassen werden; als besondere Verteidiger der Freiheit der öffentlichen Meinung hat man bisher die rechtsstehenden Parteien nicht kennen gelernt und unter den gegenwärtigen Umständen muß man es schon der Regierung überlassen, ob sie in Zeitungsartikeln eine wirksame Unterstützung ihrer Politik gegenüber dem Auslande erblicken will oder nicht. Es scheidet jedoch hervor, daß eine bloße Zustimmung mit dem Beschluß der Abgeordnetenhauskommission gar nicht beabsichtigt gewesen sein kann, denn diese Zustimmung, auf die es nach dem verfassungsrechtlichen Zustand nicht ankommt, hätte durch Schweigen oder unsertwegen auch durch direkte Mitteilung der Meinung der Kommission an den Reichstanzler erfolgen können. Die Veröffentlichung des Kommissionsbeschlusses war zweifellos ein demonstratives Hervortreten des preussischen Abgeordnetenhauses, das mit der auswärtigen Politik des Reiches

Italienischer Kriegsbericht.

Rom, 14. Februar. (Mittl.) Am gestrigen Tage besonders heftige Artilleriekämpfe in der Gegend des oberen Tizano, von wo aus feindliche Truppenbewegungen und große Tätigkeiten bei den Verteidigungs- und Annäherungsarbeiten auf Seiten des Feindes gemeldet worden sind. Genl. Cadorna.

Fliegerbomben auf Mailand.

Lugano, 14. Februar. „Agenzia Stefani“ meldet: Heute vormittag gegen 9 Uhr erschienen einige feindliche Flieger über Mailand. Von der Artillerie heftig beschossen, entfielen sich die Flieger, die einige Bomben herabgeworfen hatten, aber nur unbedeutenden Sachschaden anrichteten. Es wurden sechs Personen der Zivilbevölkerung getötet, einige verletzt.

Frankfurt a. M., 14. Februar. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Lugano, daß heute vormittag 10 Uhr durch österreichische Flieger fünf Bomben auf Monza geworfen wurden. Mehrere Personen wurden getötet und etwa dreißig verwundet.

Zeppelin vor Havre.

Rotterdam, 14. Februar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Havre: Am Sonnabend abend, 8 Uhr 50 Minuten, erhielt man die Meldung, daß ein Zeppelin aus der Gegend von Rouen nach Havre unterwegs war. Die Stadt wurde alarmiert und die Beleuchtung gelöscht. Nach zwei Stunden wurde bekannt gegeben, daß die Gefahr beseitigt sei. Der Zeppelin, den man in kurzer Entfernung von Rouen gesichtet hatte, war offenbar umgekehrt.

Die Beschädigung Velforts.

Berlin, 13. Februar. Flüchtlinge, die aus Velfort auf Schweizer Boden eintrafen, erzählen, wie verschiedene Morgenblätter berichteten, daß die deutschen Geschosse furchtbare Verwüstungen hervorgerufen hätten. Ganze Straßenzüge seien durch das Feuer der deutschen Artillerie schwer beschädigt worden und gegen fünfzig Häuser vollständig eingestürzt.

Minensucher — keine Kreuzer?

London 13. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Admiralität stellt mit Bezug auf den Bericht des deutschen Admirals über das Geschehen an der Doggerbank fest, daß die in der Berliner Meldung erwähnten Kreuzer 4 Minensucher waren, von denen drei wohlbehalten zurückgekehrt sind.

Das ist freilich etwas anderes! Sie hatten nur eine Besatzung von 78 Mann, waren aber ziemlich neu!

Auf der Suche nach „Möven“.

Kopenhagen, 14. Februar. „Politiken“ meldet aus Bergen: Norwegische Schiffe trafen in letzter Woche große englische Flottenabteilungen auf der Straße der Doggerbank bis zur norwegischen Küste. Es waren hauptsächlich Geschwader leichter Kreuzer. Auch im Atlantischen Ozean trafen norwegische Schiffe englische Kreuzer. Diese sehen vermutlich in Verbindung mit der Jagd auf die „Möve“.

Rekruteneinzichungen in England.

Amsterdam, 14. Februar. Dem „Daily Telegraph“ wird aus London gemeldet: Man erwartet hier allgemein Ende der Woche eine Proklamation, welche weitere 15 Divisionsgruppen unter die Fahnen ruft und zwar unerschütterliche junge Leute. Diejenigen, die sich bis zum 1. März nicht freiwillig gemeldet haben, sollen dann eingeschrieben werden.

Granaten statt Schnaps.

London, 14. Februar. Daily Chronicle meldet, daß das Munitionsministerium beabsichtigt, die großen Whiskybrennereien für die Munitionsfabrikation zu benutzen. Die Besitzer der Fabriken werden für die Benutzung ihrer Fabrikanlagen vermutlich eine Entschädigung bekommen.

Die Griechen gereizt gegen Italien.

Athen, 14. Februar. Ein Bericht des Corriere della Sera vom 2. Februar macht darauf aufmerksam, daß die Stimmung gegen Italien in ganz Griechenland sehr gereizt ist. Nicht nur die Zeitungen, sondern sogar die Zeitungen seien gegen die Italiener. Das Hauptorgan der Anhänger von Venizelos, „Nea Hellas“, wolle keinerlei Befehle von griechischen Soldaten durch italienische Soldaten dulden und droht an, daß wenn die Venezelisten die griechische Regierung ohne Einschränkung unterstützen werden.

Silberse.

Genf, 14. Februar. Eine Temps-Meldung besagt, daß der französische Postdampfer „Fort Empereur“ auf der Fahrt von Algandrien nach Syracusa den Rumpf eines anderen französischen Postdampfers auffing, in dem dieser um Hilfe gegen ein deutsches U-Boot bat.

Bissolati Minister?

Lugano, 14. Februar. Auf angeblichen Wunsch des französischen Munitionsministers Thomas würde der als Reserveleutnant im Felde stehende Reformökonom Bissolati nach Udine versetzt, wo die französischen Staatsminister zurzeit weilen. Das Gerücht über den möglichen Eintritt Bissolatis in das Kabinett erhält dadurch neue Nahrung. (B. L.)

Die Nase voll.

Bern, 14. Februar. „Avanti“ spricht in einem Leitartikel die Hoffnung aus, daß die Franzosen sich an der italienischen Front überzeugt haben werden, daß Italien schon genug Schwereigkeiten zu überwinden habe.

Bern, 14. Februar. Mailänder Blätter enthalten die Nachricht, Calandria werde den Besuch Brindis nach Erledigung der parlamentarischen Arbeiten erwägen. Er werde von Jupell, Panto und Borzilai begleitet sein.

Bis zu 50 Jahren.

Konstantinopel, 14. Februar. Die Regierung brachte der Kammer einen Gesetzentwurf ein, durch den die militärische Dienstpflicht bis zum 50. Lebensjahre ausgedehnt und die Befreiung vom Militärdienst durch Zahlung einer Lage eingekauft wird.

Kämpfe am Tanganjika-See.

Madrid, 14. Februar. (Agence Havas.) Bericht des belgischen Kolonialministers: Der Befehlshaber der belgischen Streitkräfte auf dem Tanganjika-See meldet unter dem 9. Februar, daß der kleine Dampfer „Hedwig von Wisman“ in einem Seekampf auf der Höhe von Mtoa-Albertville versenkt wurde. Zwei Deutsche wurden getötet. Die übrige Besatzung, bestehend aus 2 Offizieren, 10 Seesoldaten und 9 eingeborenen Matrosen, wurde gefangen. Die belgische und die englische Flottille erlitten keinen Verlust.

Berichtheneses Fürstenschloß.

Wien, 14. Februar. Das Kriegsressort meldet über die Beschädigung des Schlosses Duino: Die italienische schwere Artillerie zerstörte am 8. Februar das Schloß Duino zum großen Teil. Die fürstlichen Gemächer wurden vernichtet oder beschädigt. Unter dem Schutte liegen viele wertvolle Einrichtungsgegenstände verstreut. Der Bau Schaden wird auf etwa 40.000 Kronen, der durch die Vernichtung der Einrichtungsgegenstände und Kunstgemälde anzureichende Schaden auf etwa 100.000 Kronen geschätzt. Verletzte an Menschenleben waren nicht zu beklagen.

Die Befreiten.

Berlin, 14. Februar. Nach einem telegraphischen Bericht des kaiserlichen Vorkämpfers in Washington sind folgende Deutsche aus Kamerun am Nord des abgebrachten euanthischen Dampfers „Uppam“ in Nordamerika angekommen: Paul Wiedenhoft, Landwirt aus Schlochau; Adolf Adler, Pfleger aus Herberg im Harz; Wilms Hen, Redaktions-Redaktionschef aus Klein-Rodertshagen; Erich Scherbe, Gouvernementssekretär aus Winterlingen; Walter Danielien, Pfleger aus Dödenhuben; Otto Hode, Pfleger aus Frankfurt a. M.; Gustav Johann Wendt, Waffenmeister aus Brauneberg in Ostpreußen.

Der Kohlenmangel in Italien.

Lugano, 14. Februar. Eine neue Versammlung von Vertretern der italienischen Kleinbahnen in der Mailänder Handelskammer beschloß am Sonnabend aufs neue, die Regierung um Maßnahmen zur Bekämpfung der Kohlennot zu ersuchen, da sie sonst die Betriebe einstellen müßten. Der Vertreter der Mailänder Nordbahn teilte mit, daß die Gesellschaft für ihren Bedarf von 22.000 Tonnen Kohle sonst eine Ausgabe von 70.000 Lire, jetzt aber eine solche von 4.400.000 Lire habe.

Munitionsfabrik niedergebrannt.

New York, 14. Februar. (Reuter.) Die große Munitionsfabrik der General Electric Company in Schenectady, Staat New York, wurde durch ein Feuer, dessen Ursache unbekannt ist, zerstört.

Washington, 14. Februar. (Reuter.) Wilson stimmte für die Wiederwahl zur Präsidentschaft zu kandidieren.

Auf eine Mine gestoßen.

London, 14. Februar. Der Kreuzer „Arctus“ stieß an der Ostküste auf eine Mine. Man glaubt, daß er ganz verloren ist. Ungefähr zehn Leute von der Besatzung sind ertrunken.

Die Tätigkeit der Feldgerichte in Belgien.

Von zentraler Stelle wird gegenüber den Ausstellungen der deutsch-feindlichen Auslandspresse über eine „Schreckensherrschaft“ in Belgien folgende Statistik der seit Eröffnung der Feldgerichte im Gebiete des Generalgouvernements Belgien ergangenen feldgerichtlichen Entscheidungen veröffentlicht:

Von Beginn bis	Verurteilte	Freigelassene	
		durch Freispruch	durch Einstellung des Verfahrens
Vom 1. 5. bis 31. 7. 15	1215	187	1310
Vom 1. 8. bis 31. 10. 15	591	141	567
Vom 1. 8. bis 31. 10. 15	1206	184	973
Insgesamt	3315	492	2850

Die „Nordd. Allg. Ztg.“, der wir vorstehende Zahlen entnehmen, bemerkt dazu: „Selbst der Laie wird aus diesen Zahlen, wonach eine größere Anzahl von Beschuldigten freigelassen als verurteilt wurde, leben müssen, daß die deutschen Gerichte gänzlich unparteiisch nach Recht und Gesetz ihre Urteile fällen; jeder Jurist wird aber ohne weiteres bestätigen, daß diese Verhältnisse in sich selbst für sich selbst als durchaus günstige gelten können und eher von einer ziemlich milden, als von einer zu scharfen oder gar willkürlichen Rechtsprechung Zeugnis ablegen.“

Kleine Kriegsnachrichten.

Kameruner Deutsche auf spanischem Boden. „Agence Havas“ meldet: Der Gouverneur von Fernando Po meldet, daß 140 deutsche Flüchtlinge in Santa Isabel ankamen, die entweder nach Spanien eingeschifft oder interniert werden.

Die Zivilgefangenen aus Frankreich. Der letzte Zug mit deutschen Zivilinternierten ist heute aus Frankreich eingetroffen. Die Angekommenen wurden in der üblichen Weise empfangen und verpflegt. Im ganzen sind vier Züge mit 863 Personen eingetroffen, die der Heimat wieder zugeführt werden.

Hinter der russischen Front. Das Judenverfolgungs-Komitee zu Petersburg erhob beim Gouverneur von Minsk Beschwerde wegen eines Pogroms, der vier Tage gedauert hat. Die Juden wurden innerhalb zwei bis drei Stunden aus ihren Wohnungen gewiesen, ohne daß für ihre Habe irgend welche Vorsorge getroffen wurde. Die verlassen Wohnstätten wurden von den Soldaten in kurzer Zeit in Trümmerhaufen verwandelt.

Englische Getreidekäufe. Die britische Regierung will sich, wie die „Daily Mail“ erfährt, gegen den Anstieg in der Einfuhr schützen, der durch unvorhergesehene Ereignisse zur See eintreten könnte. Sie macht deshalb augenblicklich große Einkäufe an Getreide in Australien, Kanada und in La Plata. Durch die auf diese Weise aufgekauften Vorräte soll auch dem Weizenwucher entgegengearbeitet werden. Es werden 5 bis 6 Millionen Quarter a drei Fokkiter zusammengebracht, doch werden sie vorläufig nicht in Angriff genommen.

Der albanische Brigant. Es wird berichtet, daß Essad Pascha samt seinen Soldaten sich nach Korfu einschiffte, um sich mit dem serbischen Heere zu vereinigen. Vor der Abreise dekorierte Essad Pascha, mit welchen Dekorationen wird nicht gesagt, sämtliche serbischen Offiziere. Essad Paschas zahlreiches Gefolge ist bereits in Korfu angekommen.

Aus Äthiopien vor der griechischen Neutralität. Nach einem Telegramm aus Konea auf Kreta hat ein französisches Kriegsschiff bei Jore Prea eine Abteilung gelandet, die den mahomedanischen Abolaten verhaftete und wieder abgab.

Es bleibt beim alten. Der meist gut unterrichtete Abgeordnete Devione behauptet in der „Gazzetta del Popolo“, Irland habe in den Unterredungen mit italienischen Staatsmännern das Verhältnis Italiens zu Deutschland mit keinem Wort berührt. Das Verhältnis würde daher keine Veränderung erfahren.

Der König der Bulgaren ist am Montag in Wien eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Czernyog und Franz Joseph im Namen des Kaisers begrüßt. Eine große Menschenmenge erwartete ihn.

menge brachte dem Monarchen köstliche Süßigkeiten von der Stadt ist reich besetzt.

Die 454. amtliche Verlustliste

enthält u. a. folgende Truppenteile vom 5. und 6. Armeekorps: Grenadier-, Infanterie- und Jäger-Regimenter: Nr. 6, 7, 11, 155, 157; Reserve: Nr. 11, 228, 229; Landwehr: Nr. 10; Landsturm-Battalione: Heife, 1. Heife a. O. — Jäger: Nr. 6. — Kavallerie: Dragoner Nr. 4. — Pioniere: I Nr. 5.

Politische Uebersicht.

Kriegslasten und Gemeinden.

Der frühere Dresdener Oberbürgermeister Geheimrat Dr. Ventler stellt in der „Kreuzzeitung“ Betrachtungen an über die Wirkung der Kriegslasten auf die Finanzen der Gemeinden. Er erkennt an, daß Reich und Einzelstaaten den Gemeinden große Zuschüsse geleistet haben; die Aufwendungen der Gemeinden sind aber doch derart hoch gewesen, daß diese Zuschüsse bei weitem nicht ausgereicht haben. Das müsse voraussetzende und vorzügliche Politiker mit Sorge darüber erfüllen, wie sich der Einfluß, den die Kriegsbelaugung der Gemeinden auch für ihre künftige Entwicklung zur Folge hat, allmählich gestalten werde. Geheimrat Ventler fährt nun fort:

Man geht ja wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Regierungen der Einzelstaaten ebenso wie die Reichsregierung sich über diese Belastung der Gemeinden am wenigsten unterrichtet halten. Auch wird diesen selbstverständlich die in der Verwaltung der deutschen Gemeinden nicht zuletzt infolge der Steuererhöhungen notwendig gewordene Erhöhung der Gemeindefinanzen bekannt sein. In vielen Gemeinden, die schon bisher außerordentlich hohe Steuern zu erheben hatten (200 und mehr v. H. der Staatssteuer), ist durch diese Steuererhöhungen schon jetzt ein gewisser Maßstab überschritten worden, der nur zu einem kleinen Teile durch Ermäßigungen der Steuerleistungen gemindert werden konnte. In anderen Gemeinden hat die Steuererhöhung die Folge gehabt, daß die Hausbesitzer, den bestehenden gesetzlichen Vorschriften entsprechend, nunmehr der besonderen Genehmigung der Aufsichtsbehörden bedürftig sind, weil die Steuern durch die Kriegsausgaben in den Gemeindefinanzen für die Freiheit von solcher Genehmigung vorgelebene Höhe überschritten haben. Wenn nun auch dieselben angenommen werden kann, daß infolge der außerordentlichen und unvorhergesehenen Ursache dieser Steuererhöhung von diesen Aufsichtsämtern nur ein milder Gebrauch gemacht worden ist, und daß die von den Gemeindefinanzverwaltungen im Hinblick auf notwendige außerordentliche Ausgaben beschloß nicht beanstandet wurden, so ist doch nicht zu verkennen, daß hierin eine für die Selbstverwaltung der Gemeinden bedauerliche Tatsache zu erblicken ist, deren Beseitigung durch eine Befreiung der Gemeindefinanzen von dieser Belastung wünschenswert ist.

In seinen weiteren Ausführungen meint der Verfasser, daß Regierungen und Parlamente darauf Bedacht nehmen müssen, die Kriegslasten von den Schultern der Gemeinden nach Möglichkeit abzurufen. Eine Zurechnung neuer Steuerquellen an die Gemeinden wird kaum durchführbar sein, weil schon jetzt Reich und Einzelstaaten alle nur ersichtbaren Einnahmequellen für sich in Anspruch genommen haben. Unter diesen Umständen bleibt nichts weiter übrig, als den Gemeinden nach dem Kriege die Kriegslasten zu erlassen, denn, so führt Dr. Ventler aus: „Das eine steht fest und wird voraussichtlich von allen Regierungen wie von sämtlichen politischen Parteien der Parlamente anerkannt werden: daß die Aufrechterhaltung des Kulturzustandes in unserem deutschen Vaterlande, dessen wir uns vor dem Kriege erfreut haben, und die Möglichkeit, diesen Stand in erwünschter Weise fortzuentwickeln, nicht zuletzt davon abhängen wird, daß die deutschen Gemeinden und ganz besonders auch die deutschen Städte in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ungeschwächt aus dem Kriege hervorgehen.“

Diese Mahnungen eines erfahrenen Kommunalpolitikers werden nicht unbeachtet bleiben dürfen; wenn auch nicht zu verkennen ist, daß Reich und Einzelstaaten nach dem Kriege selber schwer zu kämpfen haben werden, um ihre Staats auch nur einigermaßen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Staatsanstellungen in den Gemeinden, namentlich in solchen, wo die Industrie darniederliegt, zeigen jetzt schon, wie verwundend der Krieg auf die Gemeindefinanzen gewirkt hat. Von den steuerlichen Lasten, die künftig für Reich, Staat und Gemeinde zu tragen sein werden, kann man sich heute auch noch nicht entfernt einen zutreffenden Begriff machen; nur das weiß man, sie werden eine enorme Höhe erreichen und einen erheblichen Teil des Einkommens in Anspruch nehmen.

Staatliche Unterstützung der Arbeiterturnvereine?

In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dresden-Stadt wurde nach der „Leipziger Volkszeitung“ bekanntgegeben, daß ein Staatshilfen für nationale Jugendpflege insgesamt 3500 Mark für den Bezirk (auf das Jahr 1916) bewilligt worden seien. Nach den Verteilungsvorschlägen der Amtshauptmannschaft sollen davon — erstmalig — 1200 Mark der Ortsgruppe Plauenscher Grund der Freien Turnerstaffel überwiesen werden. Der Bezirksausschuß erklärte sich damit einverstanden.

Darauf bemerkt unser Leipziger Parteiblatt: Man geht wohl nicht in der Annahme fehl, daß diese staatliche Subventionierung des Arbeiterturnvereins im Einklang mit der Staatsregierung erfolgt ist. Würde dies tatsächlich der Fall sein, so berechtigt dies wohl zu der Erwartung, daß nun endlich gegenüber den Arbeiterjugendvereinen ein anderer Kurs in Sachsen eingeschlagen werden wird. Jedenfalls muß es schon die allernächste Zukunft lehren, ob es sich im vorliegenden Falle nur um eine Ausnahme handelt, oder ob ganz allgemein eine Gleichstellung der Arbeiterturnvereine mit den bürgerlichen Turnvereinen erfolgen soll.

Wahlkreisveränderung. Der dem Zentrum angehörende Abg. Gahensky hat sein Mandat zum verfassungsmäßig abgeordnetenhaus niedergelegt. Er vertrat den Wahlkreis Eimburg, eine sichere Komäre des Zentrums.

Niederlegung von Strafvorfällen in Baden. Die badische Regierung hat den beiden Kammern einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach welchem es der Krone möglich gemacht wird, schwebende Strafvorfälle niederzulegen. Die Erste Kammer hat den Entwurf bereits angenommen; die Zweite Kammer wird nach ihrem Zusammentritt, der am 14. Februar erfolgt, über den Entwurf abstimmen.



Gedenk-Tafel im Kriege gefallener Parteigenossen und Gewerkschafter.

Arbeiter Alfred Veit
gefallen vor Sünaburg.

Ehre seinem Andenken!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Februar.

Mehr Schweinefleisch!

Der Bundesrat hat durch eine neue Verordnung die Regelung der Preise für Schlachtweine und Schweinefleisch geändert und die Versorgung mit frischem Schweinefleisch auf eine neue Grundlage gestellt.

Dem bevorstehenden Bedürfnisse gemäß sind die nach Wirtschaftsjahren gestaffelten Preise für Schweine der verschiedenen Beschaffenheiten ab Stall oder Wiegefleisch festgesetzt worden.

Die Preise für den Verkauf durch Viehhändler auf dem Markte, sowie durch den Handel werden von den Landesgenossenschaftsbehörden oder den von ihnen bestimmten Behörden geregelt.

Die Gemeinden sind verpflichtet, Höchstpreise bei der Abgabe an die Verbraucher für die einzelnen Stücke frisches Schweinefleisch, für geräucherter, insbesondere geräucherter, der geräucherter Schweinefleisch, für frisches und ausgeflossenes Schweinefleisch, für gefalgene und geräucherter Speck, sowie für Würstwaren festzusetzen.

Es haben weiterhin zu bestimmen, wieviel mindestens vom Schlachtgewicht des Schweines oder welcher Teile bei den gewöhnlichen Schlachtungen frisch verkauft werden müssen.

Wir hatten es angeht die von uns nachgewiesenen Entleerung des Breslauer Marktes von Schweinefleisch für eine sehr eilige Pflicht der Breslauer Gemeindebehörden, sofort die nötigen Maßnahmen sowohl gegen die Verwahrung des Schweinefleischs anzuordnen, und ebenso durch niedrigere Höchstpreise für Würstwaren diesen Ziele umzusetzen. Was in Breslau bisher geschah, war ein Schlag ins Gesicht der Konsumenten wie der kleinen Metzger.

Die Gerichte werden zweifellos durch drakonische Bestimmungen den Gemeindebehörden helfen, damit englische Ausbuchtungspläne nicht durch einheimische Gewinnsucht eine Förderung erfahren.

Zur Kartoffelnot.

Eine ungleiche Kartoffelverteilung der Städte stellt die Hauptleitung des Kriegsaussschusses für Konsuminteressen auf Grund einer Erhebung fest, die sie bis zum 15. März allwöchentlich zur Prüfung der Wirkung der neuen Kartoffelpreiserhöhung im ganzen Reich veranstaltet. Nach den Berichten aus den 75 wichtigsten Groß- und Mittelstädten verfielen in der Woche vom 30. Januar bis 5. Februar 32 über ein ausreichendes Kartoffelangebot. Zu einem Teil handelt es sich hier um Orte, in denen eine Einkellerung schon im Herbst bei den Verbrauchern üblich ist. In 37 Städten wird über mehr oder weniger Kartoffelmangel geklagt. In fast allen diesen Fällen geben die berichtenden Ausschüsse eine Verlaufsankunft der Erzeuger in Erwartung noch höherer Preise als Ursache an. Dem Handel kann, so sagt der Aussschuß, ein solches Vorgehen nur in wenigen Fällen zum Vorwurf gemacht werden. Aufkäufe der Preisverwaltung, fehlerhafte Dispositionen der Reichsartoffelstelle, verspätete Höchstpreisfestsetzung durch den Bundesrat werden als Ursache der Kartoffelknappheit angegeben.

Einige Ausschüsse weisen schließlich noch auf die Preisgefahr als Grund für die ungenügende Anlieferung hin. Dieser Umstand kann nach Meinung der Hauptleitung des Kriegsaussschusses wohl für einige Bezirke, nicht aber für das ganze Reich bestimmend sein; denn in den gleichen Versorgungsgebieten gäbe es dicht nebeneinander Städte mit reichlichen Kartoffelvorräten und solche, in denen Kartoffelnot herrscht. Ebenso verschiedenartig sei es in den Gemeinden, die aus dem gleichen Oberstabsbezirk bezogen. Am schlimmsten lägen die Verhältnisse im Königreich Sachsen, wo die Großstädte vor kurzem ihre letzten Kartoffeln an die Bevölkerung verteilt hätten. Dort seien auch die Landgemeinden bereits von allen Kartoffeln entblößt. Als einen Beweis für die gemeinschaftliche Betätigung der deutschen Stadtverwaltungen und für ihr erfolgreiches Zusammenarbeiten mit den organisierten Verbrauchern führt der Kriegsaussschuß die Tatsache an, daß von den 75 Gemeinden 55 in eigenen Verkaufsläden und durch Vermittelung der Händler, Konsumvereine oder der Verbrauchsaussschüsse, Kartoffeln an ihre Einwohner abgeben.

Der Präsident der Reichsartoffelstelle, Oberregierungsrat Kaug, ist nach einer Mitteilung des „Reichsboten“ von seinem Amte zurückgetreten. Er verbleibt dagegen in seiner Tätigkeit im Reichsamt des Innern.

Ein Opfertag in Breslau.

Die Stadt D. Ligner Montag Abend in einer Versammlung des Reichsartoffelvereins mitteilte, wird in Breslau Anfang März ein Opfertag veranstaltet. Anmerkungen sind hierzu der 4. und 5. März. Die Veranstaltung geht aus von der österreichisch-ungarischen Hilfsgesellschaft vom Roten Kreuz, die sich an den hiesigen Ortsaussschuß vom Roten Kreuz wegen gemeinsamer Arbeit gewandt hat.

Es wird uns darüber geschrieben: Der Zweck des Opfertages ist, die private Wohlfahrt neu zu beleben. Selbstverständlich kommen die eingehenden Gelder nicht der Breslauer Kriegswohlfahrtspflege zugute. Die Mittel der Teilnehmer sind deshalb notwendig, weil die Einrichtung der Opfertage eine ehrenvolle Leistung ist und die Gesellschaft vom Roten Kreuz dabei die nötige Erfahrung hat.

Es ist geplant, zunächst wie bei den Gedenktagen, auf den Straßen durch junge Damen Kriegsanzeichen verkaufen zu lassen, die aus Medaillen, Kriegsbändern und künstlichen Blumen bestehen. Professor von Gosen hat für den Opfertag eine Kriegs-

medaille entworfen, Professor Kämpfer im Verein mit dem Breslauer Kunstgewerbeschule Zeichnungen für die Kriegsbänder. Schüler des Kunstgewerbeschule fertigen ebenfalls Zeichnungen für Postkarten an.

Der Opfertag soll durch mannigfaltige Darbietungen verschönt werden. Auf einigen Plätzen der Stadt soll an den Tagen eine Koch- und Deutschmeisterkapelle konzertieren, am Abend wird dann die Kapelle ein Konzert im Schauspielhaus ausführen. Professor Dohrn wird ein Orchesterkonzert im Konzerthaus geben. Von all diesen Veranstaltungen wird ein reicher Zutritt in die Kassen der Träger der Breslauer Kriegswohlfahrtspflege erwartet.

Im Anschluß hieran dürfte wichtig sein, daß in den nächsten Wochen an laufenden Privatbeiträgen zum Breslauer Nationalen Frauendienst 623.000 M., an einmaligen Privatbeiträgen 678.000 M. eingegangen sind. Die Stadt hat in derselben Zeit 910.000 M., die Landesverwaltung 175.000 M. Im ganzen kamen 2.715.000 M. ein. Ausgegeben wurden 2.520.000 M., wovon der Staat bereits 2 1/2 Millionen M. wieder erlegt hat. Durchschuß sind in Breslau vom Nationalen Frauendienst jeden Monat 200.000 M. ausgegeben.

Der Ruf nach neuen Mitteln ist also dringend geboten. Die Ausgaben wachsen ständig, dagegen fallen naturgemäß die privaten Beiträge zurück. Der Staat erlegt allerdings die Ausgaben der Kriegswohlfahrtspflege mit 60 Prozent. Daran auch die Landesverwaltung der 2 1/2 Millionen M. doch ist die private Wohlfahrt noch nicht damit über die 60 Prozent hinaus zu gehen. Es ist deshalb zu wünschen, daß die Opfertage recht viel Erfolg haben.

1,50 M. Verpflegungsgeld auch für Marine-Urlauber.

Aus Berlin wird unter dem 14. Februar vom B. L. M. gemeldet:

Die Bestimmung, nach welcher die während des Krieges unter Verabreichung freier Fahrt beurlaubten Mannschaften mobiler und immobil Formationen des Heeres für die Dauer des Urlaubs Verpflegungsgeld erhalten, wurde durch Allerhöchste Order vom 30. Januar 1916 auch auf die Mannschaften der Marine ausgedehnt. Der Anspruch auf Verpflegungsgeld für die Mannschaften der Marine beginnt, ebenso wie für die des Heeres, mit dem 21. Dezember 1915.

Seit 15 Monaten vermisst.

Nieder kommt Nachricht von einem Verstorbenen. Der Musiker Solumbel aus Dabicht in Oberschlesien wurde seit November 1911 vermisst. Jetzt traf bei seinen Angehörigen, die ihn für tot hielten, von dem Vermissten die Nachricht ein, daß er sich in Drowskojewitz in russischer Gefangenenschaft befindet. — Unserer Erinnerung noch wurde Drowskojewitz bisher nirgends als Gefangenenerlager genannt. Solumbel wird dort nicht allein gemeldet sein, und es ahmt wieder ein Hoffnungsstücken für die, welche noch vermisste Angehörige suchen.

Aus Sibirien.

Der Felder Hermann Kästner, der bei Lomowa in Gefangenenschaft saß, schreibt an seine Schwester, daß er sich in Seltawa befindet. Er habe schon mehrfach an Frau und Kinder geschrieben, aber noch keine Antwort erhalten. Es scheint also die Post in Rußland immer noch recht schlecht zu funktionieren.

Vollst-Vorstellung im Thalia-Theater.

Am Sonntag, den 28. Februar, abends 8 Uhr findet im Thalia-Theater eine Aufführung von Sudermanns „Es lebe das Leben“ statt, zu der Billets von 10 bis 80 Pfa. von morgen, Mittwoch, früh 8 Uhr an am Parteil-Sekretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 35, gegen Vorzeigung des Mitteilungsbuches zu haben sind.

„Bitte Gott der Herr“ seien, von einem Fagel gekammt hätten, den ihr Bruder kurz vorher gefangen habe. Das Urteil lautet, dem Antrag des Staatsanwalts gemäß unter Ausschluß jeder weiteren Verhandlung auf ein Jahr Zuchthaus und 150 Mark Geldstrafe. Die Angeklagte erklärt sich zum sofortigen Straftritt bereit.

Hinrigkeit der Post. Von der postlichen Hinrigkeit ist schon manches Stücken mitgeteilt worden. Das ist auch die Feldpost an dieser wichtigen Eigenschaft nicht marginal ist, beweist eine Mitteilung, die der „Frankfurter Tagespost“ aus Bad Neuenahr zugibt. Beim Militär-Paketdienst Wernberg wurde anfangs Februar aus Sattelweilstein in der Oberpfalz zur Weiterbeförderung ein Paket mit der Adresse eingeleitet:

An
Herrn Jakob Dalminger
zur Zeit im Heerje Lazarett 2
Hamburger Hof Bad Pa.

Die Adresse, die keine genaue Ortsbezeichnung enthält, machte im Militär-Lazarett anfangs einiges Kopfzerbrechen; als aber die Benennung, von der Adresserin in Sattelweilstein eine Adressberichtigung zu erhalten, ergebnislos waren, suchte die Post selber nach dem rätselhaften „Bad Pa.“ und fand es auch. Der Empfänger wurde im Heerje Lazarett 1 — nicht 2, wie auf der Adresse steht — in „Bad Neuenahr“ ausfindig gemacht und erhielt sein Paket richtig zugehört.

25 Pfennige Theaterpaß für das Vierteljahr. Eine der für künstlerische Zwecke opferfreudigsten Städte ist zweifellos Düsseldorf. Man schreibt von dort der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“: Der aus städtischen Mitteln zu deckende Fehlbetrag des Stadttheaters ist für das laufende Jahr nach dem Voranschlage auf 485.000 M. gegen 459.500 M. im Vorjahr, gestiegen. Rechnet man zu diesem Fehlbetrag die zur Vergütung und Tilgung des Bankkapitals erforderliche Summe von 59.456 M. sowie weiter den Zuschuß für das städtische Orchester mit 2.000 M. und den Zuschuß für das städtische Schauspielhaus mit 60.000 M., so erhält man mit 606.956 M. städtischem Jahreszuschuß eine Gesamtsumme, die für die Kriegszeit als ungewöhnlich reichlich gelten muß. Als ein Anzeichen dafür es auch wohl gelten, daß die von dem Direktor des Stadttheaters im Jahre 1916 zu zahlende Pacht genau 1 M. betragt. Das ist in vierzehnjährigen Raten zu entrichten ist, macht dem glücklichen Pächter die Aufzeichnung der Summe nicht schwieriger!

Reichstagswahl „Jagdzeit“. Eine Frankfurter Jagdgesellschaft kaufte in verschiedenen Orten ihres Jagdgebietes Kanarienvogel, Wachtel, Gier und Wauer auf und wollte sie nach der Jagdzeit nach Frankfurt nehmen. Im Haffensburger Forst aber beschloß die Jagdgesellschaft die Polizei die Wauer, die dann auf dem Reichstagswahlbezirk verkauft wurden.

Vor einem Jahre.

15. Februar. Völliger Sieg in Masuren. Die 10. russische Armee eingezogen und vernichtet. Ostpreußen vom Feinde frei.

Aus aller Welt.

Die Verzweiflungstat einer Mutter.

Aus Vauhan (Sachsen), meldet B. L. M. vom 14. Februar: Die hier zu Besuch bei ihren Eltern weilende Frau des Kaufmanns Rechner aus Dresden hat gestern in einem Anfall von Schwermut sich selbst und ihre beiden Kinder im Alter von drei und fünf Jahren mit einem Revolver erschossen. Rechner hat vor einiger Zeit den Selbstmord auf dem Schlachtfeld geurteilt, worüber seine Gattin in Schwermut verfiel.

Unvorsichtigkeit mit tödlichen Folgen. Der „Morgen“ meldet: In der Bleichingasse 26 in Wien spielten Kinder mit einem blindengereinigten Handbogenscharnwell. Das am Umlauf aus dem Felde mitgebracht hatte. Das Geschoss fiel nieder und plagte. Vier Kinder wurden tödlich, eine Frau leicht verletzt. Mehrere Wohnungen wurden beschädigt.

27 000 Mark gestohlen. In der Amtsstelle 2 der städtischen Sparkasse zu Hannover wurde Sonntag nacht ein Einbruch verübt. Der Kassenbestand ist mit modernsten Werkzeugen geöffnet und ein Inhalt von 27 000 Mark entwendet worden. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Starkaffen-Einbruch. In der Amtsstelle 2 der städtischen Sparkasse zu Hannover wurde ein Einbruch verübt. Der Kassenbestand ist mit modernsten Werkzeugen geöffnet und ein Inhalt von 27 000 Mark entwendet worden. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Absturz vom Schiffsbug. Ein schmerzlicher Unfall ereignete sich nach Abgang des Schnellzuges Kottbus-Berlin vom Ostpreußen Bahnhof. Der Zug hatte kaum das Güterbahnhofsgelände verlassen, als der Fahrgast Herr in Güterwagen passierte, der plötzlich bei in Berlin Nationalreife Eisenbahnfahrerin A., die in dem Bezirksregional gehörte, vermutlich infolge eines Festhaltens auf das Bahngleis stürzte und vom Zuge überfahren wurde. Er erlitt dabei erhebliche Verletzungen am Kopfe, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Auf der Straße nach einem Schweizer Leirandanten befindet sich die Berliner Kriminalpolizei. Nach Untersuchung von 20 000 Francs ist aus St. Gallen der 47 Jahre alte Fabrikant Rein Wirtmann festgenommen worden. Wirtmann wollte seine Verurteilung kürzere Zeit durch Rückzug zu vermeiden. Als er keine Entdeckung hinderte, ergreift er die Flucht. Man vermutet, daß er sich nach Deutschland oder nach Österreich-Ungarn wandert hat. Für beide Mächte hat er sich einen Reisepaß, der für ein Jahr gültig ist, anstellen lassen.

Das „verheerte“ Kind. Ein trauriger Fall von Abergläubern kam in einer Verhandlung vor der Strafkammer in Bamberg zur Sprache, vor der sich eine junge Eigentümerin wegen Betruges zu verantworten hatte. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: In der Wohnung der Witwe Luise in Wellerndorf wohnten am Allerheiligentage nach der Kirche die Eigentümerin Karolina Höllewein und verlangte etwas Mila. Dabei kam sie zufällig an das Bett des sechsjährigen, körperlich zurückgebliebenen und kranken Kindes der Witwe und wiegelte dieses vor, daß der Kranke geheilt werden könnte. Die Krankheit sei nicht von Gott geschickt, sondern das Kind sei von einer bösen Frau verheert worden, die in der Nähe von Wellerndorf wohne. Sie sei in der Lage, den Kranken zu heilen. Zunächst müsse die Mutter fünf Mark bezahlen und einen Sed Bettfedern kaufen. Für das Geld werde eine heilige Weisse gegeben und die Bettfedern müssten in das „gelobte Land“ geschickt werden. Wenn sie das nicht tue, jage die Angeklagte hinzu, denn sei die Witwe keine katholische Christin, dann wolle sie auch ihrem Kinde nicht helfen. Die geängstigte Frau handigte hierauf der Schwindlerin das verlangte Geld und die Bettfedern aus. Schon am nächsten Tage kam die Eigentümerin wieder, zeigte der Frau ein Ei, aus dem sie einige kleine Weissen herzerzogen. Diese Weissen bezeichnete die Angeklagte als den „bösen Geist der Feindin“ aus der Nachbarschaft, die das Kind verheert habe. Nun sei auch das Kind gerettet und die Feindin überwunden. Doch müsse jetzt die Mutter das ganze Geld, das sie im Hause habe, um das Ei herumwickeln und es ihr aushändigen, damit sie es ebenfalls in das „gelobte Land“ schicken könne. Nach Verlauf von neun Tagen besäme die Witwe das Geld wieder; bis dahin müsse sie aber unbedingt Schicksalstricken beobachten. Die Frau fiel auch auf diesen Schwindel herein und übergab der Eigentümerin 130 Mark in barem Gelde. Später fielen ihr aber doch Bedenken auf und sie erzählte den Verfall auf der Gendarmeriestation. Die Angeklagte war aber mit dem Ei, dem Gelde und Bettfedern bereits verschwunden, und es bedurfte längerer Zeit, ehe die Schwindlerin verhaftet werden konnte. Die wegen der gleichen Straftat mehrfach verurteilte Angeklagte war in vollem Umfange geistig über das Ei betrogen, erklärte sie, daß die Weissen, die sie damals aus dem Ei gezogen habe mit der Angabe, daß diese der

